

Volker Schnurrbusch zu Bürokratieabbau und Dauergrünlandgesetz:

„Schnelle Hilfe für Landwirte durch Bürokratieabbau – weg mit dem Dauergrünlandgesetz“

Kiel, 30. August 2018 **Aktuell bedrohen die Auswirkungen der Dürre auch die Erträge der heimischen Milchwirtschaft. Im Rahmen der „Milchwirtschaftlichen Kundgebung“ im Conventgarten in Rendsburg fordert der agrarpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Kieler Landtag, Volker Schnurrbusch, schnelle und unbürokratische Hilfen für die Landwirte sowie das Ende des Dauergrünlandgesetzes:**

„Unsere Milchbauern haben große Schwierigkeiten, ihre Tiere ausreichend zu ernähren. Der erste Schnitt fiel oft aufgrund nasser Wiesen buchstäblich ins Wasser, der dritte Schnitt fiel aufgrund der Dürre fast ganz aus. Viele hoffen nun auf den vierten Schnitt. Als Folge steigen die Preise für Tierfutter sehr stark, aktuell zahlen die Landwirte bis zu 200 € für eine Tonne Stroh, Grundfutterersatz kostet aktuell rund 1000 € pro Kuh.

Es ist zu begrüßen, dass Dauergrünlandflächen nun Futterflächen sein dürfen. Das geht jedoch nicht weit genug. Eine finanzielle Unterstützung für die Landwirte ist oft an komplizierte Antragsverfahren geknüpft und fließt oft viel zu spät. Hier helfen ein vereinfachtes Antragsverfahren sowie eine einfache Anzeigepflicht der Dürreschäden, um komplizierte Anträge zu ersetzen. Wenn diese Hilfen dann auch noch schnell und zeitnah gezahlt würden, könnten die Milchbauern dringend benötigtes Futter zukaufen und so ihre Existenz sichern. Das ist aus ethischen Gründen höher zu bewerten als der vorzeitige Bestandsabbau, also die Tötung der Milchkühe. Gleichzeitig zeigen seriöse Berechnungen, dass es auch betriebswirtschaftlich sinnvoller ist.

Werner Schwartz forderte auf der Veranstaltung auch ein Ende des Dauergrünlandgesetzes. Dazu kann ich nur sagen: Die AfD war es, die als erste die Abschaffung des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes gefordert haben und die fällige Evaluierung erfolgreich angemahnt haben. Wir fordern nach wie vor, dieses



kontraproduktive Gesetz endlich abzuschaffen und unterstützen die Forderung des Schleswig-Holsteinischen Bauernverbandes mit Nachdruck.“